

Aluminiumbündnis Nordrhein-Westfalen: Gemeinsam für eine starke und wettbewerbsfähige Aluminiumindustrie

Die Bündnispartner Speira, TRIMET Aluminium, Aluminium Deutschland, IG Metall, IG BCE und das Wirtschaftsministerium NRW unterzeichnen gemeinsame Erklärung

Düsseldorf, 30. November 2021

Mit der heute unterzeichneten Erklärung haben die Bündnispartner ihr Bekenntnis zum Aluminiumstandort Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstrichen. Der Werkstoff ist ein bedeutender Baustein für die industrielle Wertschöpfung in NRW, Deutschland und Europa. Aluminium ist ein Schlüsselwerkstoff zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaziele. Und die Aluminiumindustrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für NRW. Allein in NRW beschäftigt die Aluminiumindustrie 35.000 Menschen, deutschlandweit sind es über 62.000 Beschäftigte.

Die gemeinsame Erklärung ist der Startschuss für eine intensive Zusammenarbeit der Landesregierung, der Arbeitnehmer*innenvertretung und der Industrie. Der enge Austausch der Partner dient dem Ziel, die Transformation zu einer nachhaltigen Industrie erfolgreich voranzutreiben, die Kreislaufwirtschaft sowie die damit verbundene Rohstoffversorgung auszubauen und die geschlossene Wertschöpfungskette Aluminium am Standort zu stärken.

Der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien zu wettbewerbsfähigen Kosten, der Zugang zu Forschungsförderung, aber auch der freie und faire Wettbewerb auf den Märkten stehen im Mittelpunkt der gemeinsamen Überlegungen. Darüber hinaus hat die aktuelle „Magnesiumkrise“ gezeigt, dass eine konsistente Rohstoffpolitik zur Sicherung der industriellen Wertschöpfung in Deutschland und Europa unerlässlich ist.

Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „*Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Aluminium-Standort in Deutschland, hier wird bundesweit der größte Umsatz erwirtschaftet. Die Branche ist Ausgangspunkt wichtiger Wertschöpfungsketten. Deshalb unterstützt die Landesregierung Unternehmen und Beschäftigte bei dem Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Industrie, damit die Aluminiumproduktion in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt und Arbeitsplätze gesichert werden.*“

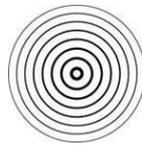
TRIMET-CEO Philipp Schlüter unterstrich: *„Eine funktionierende Energiewende und mehr Klimaschutz benötigen gemeinsam erarbeitete und realistische Lösungsansätze. Als regionales „Know-How Cluster“ in NRW möchten wir das volle Potential der Aluminiumindustrie entfalten und somit auch in Zukunft verantwortungsvoll wirtschaften.“*

Speira-Geschäftsführer Volker Backs hob hervor: „Aluminium ist für Klimaschutz und die moderne Gesellschaft unverzichtbar und wird zukünftig noch deutlich mehr benötigt. Dieser Bedarf muss auch aus Deutschland und damit Nordrhein-Westfalen gedeckt werden, zum Erhalt und Ausbau der lokalen Wertschöpfung, Vermeidung von Abhängigkeiten und Klimaschäden, denn hiesiges Aluminium ist im Vergleich zu Importen deutlich ökologischer. Und durch steigende Verwendung erneuerbarer Energien und Ausbau von Kreislaufwirtschaft können die heutigen Emissionen weiter gesenkt werden, in Richtung der CO₂-freien Gesellschaft.“

Aluminium Deutschland-Präsident und PhG der OTTO FUCHS KG, Dr. Hinrich Mählmann, betonte: „Wir begrüßen den Dialog und das Commitment der Landesregierung, die Aluminiumindustrie bei ihrer Transformation zu begleiten und politisch zu unterstützen. Die Erklärung ist ein klares Bekenntnis zum Aluminiumstandort NRW und sendet ein starkes industriepolitisches Signal. Die deutsche Aluminiumindustrie bekennt sich zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz und will ein Enabler für den European Green Deal sein. In den Bereichen Recycling und Circular Economy sind wir bereits heute Technologieführer. Wir werden unsere Prozesse und Produkte immer weiter verbessern, um unseren CO₂-Footprint zu verkleinern. Und wir werden unsere Kunden dabei unterstützen, die Emissionen ihrer Produkte zu verringern. Aber auch eine leistungsfähige und innovative Aluminiumindustrie kann im internationalen Wettbewerb nur im kooperativen Verbund mit politischen und gesellschaftlichen Stakeholdern bestehen. Eine kluge politische Flankierung ist zentral für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass Industrie in Regionen mit geringeren Standards und weniger ambitionierten Klimaschutzprogrammen abwandert.“

IG Metall-Vorstand-Zweigsbüro Manuel Bloemers sagte: „Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie muss von Politik und Unternehmen entschlossen weiterverfolgt werden. Das geht am besten mit den Beschäftigten. Als IG Metall stehen wir zu den Klimazielen. Der Umbau muss aber unter planbaren Rahmenbedingungen stattfinden und die Beschäftigten brauchen Perspektiven. Deshalb hoffen wir, dass das hier nur der Startschuss zu einem breiteren Bündnis über die Landesgrenzen hinweg war.“

IG BCE-Vertreter Manuel Rendla fügte hinzu: „Die IG BCE steht zu den Klimaschutzzielen und wird die Transformation hin zur klimaneutralen Industrie aktiv begleiten. Doch dabei ist klar, dass dies nur gelingen kann, wenn die notwendigen Investitionen in Transformation und den Ausbau von Erneuerbaren Energien kommen. Dazu benötigen die Beschäftigten und Unternehmen verlässliche Politische Rahmenbedingungen, damit Deutschland Industriestandort mit Industriearbeitsplätze bleibt. Mit dem heute begründeten Bündnis wollen wir die Standortsicherheit in NRW und bundesweit weiter ausbauen.“



speira

trimet

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ansprechpartner:

Manuel Bloemers
Gewerkschaftssekretär
IG Metall Vorstand
Zweibüro
Montanmitbestimmung-Stahl-Alu-NE-Metalle -
Schmiede-, Gießereiindustrie-Kokereien
Roßstr. 94
40476 Düsseldorf

Mobil: 0170 3333 239
Mail: manuel.bloemers@igmetall.de